

15/J XXII.GP

Eingelangt am: 20.12.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Verkauf der bundeseigenen Wohnungen

Im „Sinne eines Rückzuges des Staates auf seine Kernaufgaben“ (AB 4047 vom 20. August 2002) und angesichts der derzeitigen Budgetsituation dürften Sie den Verkauf des Anteiles des Bundes an den Wohnungsgesellschaften besonders offensiv vorantreiben. Entsprechend Ihren zeitlichen Angaben in der zitierten Anfragebeantwortung („Entscheidung über die Umsetzung“ der „Konzepte der Verwertung in möglichen Varianten in mehreren Arbeitspaketen in etwa drei Monaten“) steht eine diesbezügliche Entscheidung unmittelbar bevor.

Laut einem Bericht der OÖN vom 14.12.2002 soll diese Woche das Ergebnis des durchgeführten Bewertungsverfahrens vorliegen. Der Preis für die fünf Wohnbaugesellschaften soll sich auf 100 bis 800 Mio Euro belaufen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. An welche zwei externe Sachverständige und welche externe Rechtsberatung gingen die Honorare für das laufende Vergabeverfahren in der Höhe von 423.000.-- Euro?
2. In welcher Höhe wird sich das Entgelt für die Leistungen der Lemman Brothers Bankhaus AG bewegen?
3. Welche Konzepte der Verwertung der Anteiles des Bundes an den Wohnungsgesellschaften wurden von Lehman Brothers Bankhaus AG entwickelt?
4. In welchen Tranchen soll verkauft werden?
5. Welche Empfehlungen gab die Lehman Brothers Bankhaus AG im Hinblick auf potentielle Käufer?

6. Welche davon gedenken Sie umzusetzen?
7. An welche in- oder ausländischen Konsortien gedenken Sie zu verkaufen?
8. Wie hoch wird der Erlös des Verkaufs der Anteile an einzelnen Gesellschaften eingeschätzt?
9. Wie hoch wird der Gesamterlös eingeschätzt?
10. Inwieweit ist aufgrund von Wohnbauförderungen die Zustimmung der jeweiligen Bundesländer für einen Verkauf erforderlich?
11. Welche Gespräche mit welchem Ergebnis wurden in dieser Hinsicht mit betroffenen Bundesländern geführt?